

Architektur der Ausgrenzung & des anti-palästinensischen Rassismus

*Analyse zur strukturellen Repression
und Diffamierung gegen Palästina-Solidarität
in München*



Dieses Dokument soll als Grundlage für juristische Schritte, politische Interventionen, zivilgesellschaftliche Mobilisierung und internationale Berichterstattung gegen die Unterdrückung palästina-solidarischer Stimmen in Deutschland dienen. Es ist zugleich ein Werkzeug für Aktivist:innen, die sich gegen staatliche und gesellschaftliche Repressionen wehren, und eine Informationsquelle für Menschen, die sich jenseits verzerrter Darstellungen ein ausgewogenes Bild der Situation machen wollen. Darüber hinaus hilft es, Muster zu erkennen, mit denen unliebsame Meinungen systematisch aus dem öffentlichen Diskurs verbannt werden – Mechanismen, die letztlich jede Person betreffen können.

Es soll nicht nur dokumentieren, sondern zum Handeln befähigen und den Raum für demokratische Debatten zurückerobern. Vor allem soll es daran erinnern, dass es allen Menschen in Deutschland – unabhängig von Herkunft – nicht nur moralisch, sondern vor allem rechtlich zusteht, ihre Meinung frei zu äußern, sich öffentlich gegen Völkermord zu positionieren, ein Ende des Genozids zu fordern und für die Einhaltung des internationalen Rechts, insbesondere des humanitären Völkerrechts, einzutreten.

Einleitung

Die palästinensische Menschenrechtsbewegung steht in Deutschland unter beispiellosem Druck. Was als demokratischer Raum für Meinungsfreiheit und politisches Engagement galt, wird zunehmend zu einem Ort der Zensur, der Angst und der systematischen Entrechtung. Insbesondere in München, einer Stadt, die sich gerne als weltoffen und liberal inszeniert, eskaliert die Repression auf erschreckende Weise. Was sich dort abspielt, ist **nicht nur ein politischer Skandal, sondern ein Angriff auf grundlegende Menschenrechte.**

Die Repressionen folgen dabei einer klaren Linie – sie sind konkret, organisiert und vielschichtig. Im Herbst 2023 erklärte der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter, dass palästinensische Demonstrationen in München generell verboten seien.¹ Unter dem Deckmantel der Gefahrenabwehr wurde ein pauschales Verbot verhängt, das nicht nur gegen das Versammlungsrecht verstößt, sondern den politischen Protest einer gesamten Bewegung per se kriminalisiert. Es war ein Akt der Zensur, verordnet von oberster Stelle – ein **gefährlicher Präzedenzfall für die Abschaffung von Grundrechten im Namen vermeintlicher Sicherheit.**

Doch es bleibt nicht bei staatlicher Repression. Unterstützt wird dieses Vorgehen durch ein Netzwerk aus zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, die sich selbst als „antirassistisch“ oder „weltoffen“ präsentieren, tatsächlich aber aktiv an der Diffamierung und Ausgrenzung palästinensischer Stimmen mitwirken. Organisationen wie *München ist bunt!*, *RIAS*

Bayern oder Teile der Stadtgesellschaft haben systematisch dazu beigetragen, dass palästina-solidarische Veranstaltungen abgesagt, Künstler:innen ausgeladen und Veranstaltungsräume entzogen wurden.

In vielen Fällen reichte die bloße Ankündigung eines palästinensisch gefärbten Diskurses, um Druckkampagnen auszulösen. So wurde etwa eine Podiumsdiskussion der Evangelischen Stadtakademie zur Situation in Gaza und Israel kurzfristig abgesagt – nicht etwa, weil sie Hass verbreitete, sondern weil sie die „falschen“ Stimmen zuließ.^{2,3} Künstler:innen und Redner:innen wurden öffentlich diskreditiert, auf Initiative eines medial-politischen Mobs, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Palästina-Aktivist:innen öffentlich zu brandmarken. Was hier geschieht, ist kein Schutz jüdischen Lebens – es ist die **Zerstörung demokratischer Debattenräume durch politische Erpressung und moralische Panik.**

In dieses Klima reiht sich der Bericht „Analyse: Palästina Spricht 2024“ des Feierwerk e. V. – Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (FIRM)⁴ nahtlos ein. Unter dem Anschein neutraler Beobachtung betreibt dieser Text eine **perfidie Form der Diskurskontrolle.** Indem er palästinensischen Protest mit „extremistischen Tendenzen“ in Verbindung bringt, reproduziert er rassistische Denkmuster, verkehrt legitimen Widerstand in eine angebliche Gefahr und schafft ein Klima, das die Entmenschlichung von Palästina-Aktivist:innen nicht nur zulässt, sondern legitimiert.

Das hier vorliegende Dokument ist keine Stellungnahme. Es ist eine Anklage und ein dokumentierter Versuch, ein System sichtbar zu machen, das sich der Öffentlichkeit allzu oft unter dem Deckmantel der „Sicherheit“ entzieht. **Es ist ein politisches Dokument – und es erhebt Einspruch.**

Es ist eine Anklage gegen die politische Gleichsetzung von *Antizionismus** mit *Antisemitismus* (Hass gegen Juden und Jüdinnen) – ein rhetorischer Taschenspielertrick, der nicht aufklären, sondern einschüchtern und zum Schweigen bringen will.

Eine Anklage gegen die bayerischen Behörden, die unter dem Vorwand der Sicherheit ein repressives Regime errichten, in dem palästinensisches Leben, Trauer und Widerstand unter Generalverdacht gestellt werden.

Es ist eine Anklage gegen ein System, das Kritik an der israelischen Regierung nicht nur ignoriert, sondern gezielt als „Hass“ brandmarkt, während es gleichzeitig über das unermessliche Leid in Gaza schweigt – oder schlimmer noch: es relativiert, legitimiert, und teilweise sogar befürwortet.

** bezeichnet die Ablehnung oder Kritik an der zionistischen Ideologie oder Praxis, also an der Idee, dass das jüdische Volk aus der ganzen Welt einen eigenen Nationalstaat im historischen Gebiet Palästinas gründen oder unterhalten sollte, indem es die lokale, indigene, palästinensische Bevölkerung vertreibt und „säubert“. Antizionismus richtet sich nicht gegen jüdische Menschen als solche, sondern gegen die politische Ideologie oder den Staat Israel in seiner zionistischen Form. ⁵*

Bereits 1975 erklärte die UN-Generalversammlung die Ideologie des Zionismus zu einer Form des Rassismus. Israel und die USA erzwangen die Aufhebung dieses Beschlusses 1991.

Was hier geschieht, ist nicht nur politisch problematisch, sondern auch moralisch höchst bedenklich. Es verweist auf tief verwurzelte strukturelle Ungleichheiten und Diskriminierungsformen, die palästinensische Identitäten und Lebensrealitäten in Frage stellen und ihnen grundlegende Rechte absprechen. Solche Entwicklungen stellen eine ernsthafte Gefahr dar – nicht nur für Palästinenser: innen, sondern für jede demokratische Gesellschaft, die sich auf Meinungsfreiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde beruft.

Recalling also that, in its resolution 3151 G (XXVIII) of 14 December 1973, the General Assembly condemned, inter alia, the unholy alliance between South African racism and zionism,

Taking note of the Declaration of Mexico on the Equality of Women and Their Contribution to Development and Peace, 1975,⁴ proclaimed by the World Conference of the International Women's Year, held at Mexico City from 19 June to 2 July 1975, which promulgated the principle that "international co-operation and peace require the achievement of national liberation and independence, the elimination of colonialism and neo-colonialism, foreign occupation, zionism, apartheid and racial discrimination in all its forms, as well as the recognition of the dignity of peoples and their right to self-determination",

Taking note also of the Political Declaration and Strategy to Strengthen International Peace and Security and to Intensify Solidarity and Mutual Assistance among Non-Aligned Countries,⁶ adopted at the Conference of Ministers for Foreign Affairs of Non-Aligned Countries held at Lima from 25 to 30 August 1975, which most severely condemned zionism as a threat to world peace and security and called upon all countries to oppose this racist and imperialist ideology,

Determines that zionism is a form of racism and racial discrimination.

Kontext

Gaza, Genozid und globale Solidarität

Seit etwa 2 Jahren führt Israel im Gazastreifen einen **Völkermord von unvorstellbarem Ausmaß** durch. Was als „Krieg gegen den Terror“ bezeichnet wird, entpuppt sich in seiner Realität als **systematische Vernichtung zivilen palästinensischen Lebens**: Wohnhäuser werden in Schutt und Asche gelegt, Krankenhäuser dem Erdboden gleichgemacht, Strom- und Wasserversorgung gezielt zerstört. Kein Ort ist sicher, keine Menschenseele wird verschont. Studien des *Lancet* ⁶ und der *Harvard University* ⁷ gehen mittlerweile davon aus, dass **Israel bereits zwischen 180.000 und 350.000 Palästinenser:innen (8-16% der Bevölkerung) getötet hat** – ein sehr großer Anteil an Kindern, deren Namen nie genannt, deren Gesichter nie gezeigt, deren Geschichten nie erzählt werden.

Internationale Organisationen wie *Human Rights Watch* ⁸, *Amnesty International* ⁹, führende UN-Vertreter:innen ¹⁰, Völkerrechtler:innen, Genozid- und Holocaust-Forscher:innen weltweit ^{11,12} und führende Menschenrechtsorganisation in Israel, z.B. *B'Tselem* und *Physicians for Human Rights Israel* ¹³, haben längst ausgesprochen, was nicht mehr zu übersehen ist: **Was in Gaza geschieht, ist ein Genozid**. Ein gezielter, brutaler Vernichtungsfeldzug gegen ein entrechtetes, belagertes Volk – vor den Augen einer scheinbar ohnmächtigen, in Wahrheit aber mitschuldigen Weltgemeinschaft.

Während rund um den Globus Proteste auflodern, während Millionen auf die Straßen gehen, um ihre Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung zu bekunden, geschieht in Deutschland das Gegenteil: Versammlungen werden verboten, Demonstrant:innen krankenhaushausreif geschlagen, Transparente beschlagnahmt, Aktivist:innen verhaftet, Medienberichte zensiert und Veranstaltungen verboten. **Stimmen werden systematisch zum Schweigen gebracht.**

Die Repression, mit der der deutsche Staat palästinensische, migrantische und solidarische Bewegungen überzieht, ist keine Sicherheitsmaßnahme. Sie ist ein **Akt der politischen Gewalt** – Ausdruck eines tief verwurzelten, institutionellen Rassismus, gespeist aus einer historischen Schuld, die niemals wirklich aufgearbeitet wurde. Eine Schuld, die sich nicht selbst kritisch reflektiert, sondern auf andere projiziert – auf jene, deren bloße Existenz als Provokation gilt: die Palästinenser:innen.

Diese Schuld wird nicht durch Schweigen geheilt. Sie wird nicht durch Verbote, Polizeigewalt oder politische Lügen getilgt. Sie wird **zur Waffe gemacht** – gegen jene, die es wagen, Unrecht beim Namen zu nennen.

Was wir erleben, ist keine einfache innenpolitische Debatte. **Es ist ein Moment moralischen Zusammenbruchs. Ein Verrat an der Menschenwürde. Eine Mitschuld an einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit.**

Und deshalb ist es die Pflicht aller Menschen in Deutschland, nicht zu schweigen.

- Nicht angesichts von Massengräbern.
- Nicht angesichts ausgehungierter und verstümmelter Kinder.
- Nicht angesichts zeretzter und enthaupteter Körper.
- Nicht angesichts deutscher Waffen, die Israel für Kriegsverbrechen benutzt

Dieses Dokument ist kein Aufruf zur Empörung. Es ist ein Aufruf zum Handeln. **Denn wer in Zeiten des Völkermords schweigt, hat sich bereits entschieden – gegen die Menschlichkeit.**

Dieses Dokument soll daran erinnern, dass es allen Menschen in Deutschland – unabhängig von Herkunft – nicht nur moralisch, sondern vor allem rechtlich zusteht, ihre Meinung frei zu äußern, sich öffentlich gegen Völkermord zu positionieren, ein Ende des Genozids zu fordern und für die Einhaltung des internationalen Rechts, insbesondere des humanitären Völkerrechts, einzutreten.

Es ist Ausdruck der demokratischen Verantwortung und der rechtlich geschützten Freiheit, nicht zu schweigen, sondern aktiv für Menschenrechte und Gerechtigkeit einzustehen.



Palästina Spricht München ist eine der palästina-solidarischen Gruppierungen, die in der Stadt immer wieder Ziel organisierter Diffamierungskampagnen werden.



Fallstudie:

Der Bericht zu "Palästina Spricht München" von Feuerwerk e.V.

Der Bericht „Analyse: Palästina Spricht 2024“ des Feuerwerk e.V – Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (FIRM) ist nicht etwa ein Beitrag zur sachlichen Diskussion – er ist ein Paradebeispiel für die **staatlich und gesellschaftlich orchestrierte Delegitimierung palästinensischer Stimmen**. Unter dem Deckmantel der Analyse schafft dieser als gemeinnützig eingetragene Verein in diesem Bericht ein Klima, das die Entmenschlichung palästinensischer und pro-palästinensischer Aktivist:innen legitimiert. Der Bericht bedient sich anti-palästinensischer Narrative, reproduziert rassistische Denkmuster und betreibt eine perfide Form der Kriminalisierung – gegenüber legitimen Formen des Protests und des Widerstands.

Besonders kritisch zu bewerten ist, dass der inhaltlich fragwürdige Bericht von der Stadt München bzw. der zuständigen Versammlungsbehörde **als Grundlage für versammlungsrechtliche Entscheidungen herangezogen** wird.¹⁴ Damit fungiert er faktisch als Begründung für Einschränkungen oder Untersagungen von Grundrechtsausübungen – insbesondere der Versammlungsfreiheit, des Rechts auf Protest und der politischen Meinungsäußerung zu palästinensischen Menschenrechten im öffentlichen Diskurs.

Dass eine Einschätzung, die weder wissenschaftlichen Mindeststandards entspricht noch methodisch tragfähig ist und - wie dieser Bericht belegt - gravierende Mängel aufweist, **von einer Behörde zur Legitimation repressiver Maßnahmen herangezogen**

wird, begründet erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Die staatliche Bezugnahme auf ein solches Pamphlet entlarvt dabei nicht nur das institutionelle Ausmaß des anti-palästinensischen Rassismus, sondern verdeutlicht auch, wie tief die strukturelle Voreingenommenheit innerhalb staatlicher Entscheidungsprozesse reicht.

Auf methodischer Ebene offenbart sich umso mehr die Durchschaubarkeit und erhebliche Gefahr des Berichts:

- **Nutzung von Kampfbegriffen:**
Es fehlt ein erkennbares Untersuchungsdesign, die verwendeten Begriffe bleiben undefiniert und zentrale Quellen werden weder offengelegt, noch kontextualisiert. Begriffe wie „Antisemitismus“, „Islamismus“ oder „Verschwörungsideologien“ dienen nicht als analytische Instrumente, sondern als politisch aufgeladene Kampfbegriffe.
- **Kontextentzug und Verzerrung:**
Aussagen werden ohne historischen oder politischen Rahmen interpretiert. Zum Beispiel wird auf Seite 6 die Aussage „Wir erkennen kein Existenzrecht [Israels] an, wenn es Vertreibung und Unterdrückung bedeutet“ als pauschale Vernichtungsdrohung gewertet – ohne den anti-kolonialen Kontext oder die Differenzierung zwischen Staat und System zu benennen.

- **Verdacht ersetzt Beweis:**
Antisemitismus wird oft allein durch visuelle Symbolik oder Vermutungen konstruiert. Auf Seite 11 des Berichts wird ein Schild mit einer israelischen Flagge, die einer Frau den Mund zuhält, als antisemitisches „Maulkorb“-Motiv gedeutet – ohne Einordnung, Kontext oder Auseinandersetzung mit der Absicht der Abbildung.
- **Unschärfe Begriffsnutzung:**
Politisch umstrittene Begriffe werden verwendet, ohne sie analytisch zu definieren. Zum Beispiel wird die *3D-Regel* von Natan Sharansky (*Dämonisierung, Doppelstandards, Delegitimierung*) auf Seite 3 & 4 als Bewertungsmaßstab angewendet – ohne Hinweis auf die massive wissenschaftliche Kritik an dieser Definition.
- **Fehlende Quellenkritik:**
Politisch positionierte Akteure werden als neutrale Quellen dargestellt. Auf Seite 4 stützt sich der Bericht zum Beispiel zentral auf Informationen der Einrichtung *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (kurz RIAS)*, ohne deren politische Agenda, Methodik oder Definitionsstandards kritisch zu prüfen. Mehr zur Kritik an RIAS findet sich weiter unten.
- **Fehlende Pluralität palästinensischer Stimmen:**
Es gibt keine Einbindung oder Darstellung der Sichtweisen der Beschuldigten. Der gesamte Bericht enthält weder Interviews, noch Zitate oder nachvollziehbare Versuche, Stimmen innerhalb der Bewegung zu Wort kommen zu lassen oder interne Pluralität zu erfassen.
- **Rhetorische Pathologisierung:**
Politische Positionen werden als Radikalisierung oder Gefährdung dargestellt. Zum Beispiel wird auf Seite 6 die Parole „*We don't want no two states, give us back '48!*“ als Vernichtungsdrohung gedeutet – ohne Diskussion über eine Ein-Staaten-Lösung oder die historische Bedeutung von 1948 für Palästinenser:innen.
- **Kollektivschuld durch Einzelfälle:**
Einzelpersonen werden als Repräsentant:innen der gesamten Bewegung dargestellt. Auf Seite 5 des Berichts wird ein einzelner geteilter Instagram-Post, der ein stilisiertes Bild eines Davidsterns mit Markennamen zeigt, als antisemitischer Beleg für die Grundhaltung der gesamten Organisation gewertet – ohne Beleg für eine kollektive Verantwortlichkeit.

Das Ergebnis ist ein Bericht, der nicht zur Aufklärung, sondern zur Spaltung beiträgt. Ein Text, der nicht schützt, sondern gefährdet – Menschen, Bewegungen und das Recht auf Dissens. Diese „Analyse“ reiht sich damit in einen repressiven Diskurs ein, der **Palästina-Solidarität nicht nur delegitimieren, sondern ganz zerschlagen will.**

Der Bericht ist kein wissenschaftliches Dokument, sondern ein politisches Werkzeug – im Dienst eines Staates, der palästinensischen Protest systematisch als Sicherheitsproblem konstruiert, und einer Gesellschaft, die sich zunehmend dem historischen Selbstgespräch verweigert.

Wer den Bericht aufmerksam liest, erkennt: **Es geht hier nicht um den Schutz jüdischen Lebens, sondern um die Kontrolle des Diskurses.** Nicht um Antisemitismusbekämpfung, sondern um die Unterdrückung einer antikolonialen, antirassistischen und menschenrechts-orientierten Bewegung.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass der Bericht Ausdruck eines politischen Klimas ist, das Grundrechte selektiv verteilt, die historische Schuld Deutschlands instrumentalisiert und die Solidarität mit dem unterdrückten palästinensischen Volk zum Delikt erklärt.

Sowohl staatliche, als auch zivilgesellschaftliche Organisationen stützen sich in ihren Diffamierungs-Kampagnen gegen palästinensische Gruppen, Einrichtungen und Einzelpersonen auf vermeintlich unabhängige und wissenschaftlich fundierte Berichte und Analysen von FIRM oder RIAS. Pro-israelischen Demonstrierende, die auch im Umfeld der Organisation München ist bunt! aktiv sind, präsentierten im August 2025 dieses Banner. Es verharmlost nicht nur die Taten des wegen Kriegsverbrechen international gesuchten israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu, sondern verbietet einem von Apartheid und Genozid betroffenen Volk, öffentlich über diese Verbrechen zu sprechen. In der gewählten Formulierung richtet sich das Banner auch ganz deutlich gegen die Gruppierung Palästina Spricht – eben jene Gruppe, die im FIRM-Bericht diffamiert wird.



Auszug aus einem offiziellen Bescheid der Stadt München, in dem geplante Gedenkveranstaltungen für Gaza auf Basis des Berichts von FIRM eingeschränkt werden, sowie mit Verweis auf einen Beitrag in der Abendzeitung, der sich ebenfalls auf den FIRM-Bericht stützt.



*„Die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus (Firm) stellt in ihrer neuesten Veröffentlichung bzgl. PS_MUC fest, dass sich immer wieder positive Bezüge auf Terrorist*innen feststellen lassen.“*

„Der Bezug von PS_MUC zur HAMAS ist belegt und auch für den objektiven Beobachter z.B. über den Fachbeitrag der Firm und die Beleuchtung dessen in einem Artikel in der Abendzeitung vom 25.06.2024 nachvollziehbar.“

Abendzeitung

+ Neue Analyse: Wie antisemitisch ist der Palästina-Protest vor der LMU München und wer steckt dahinter?

Ein Expertenbericht zeigt, wie antisemitisch die Bewegung gegen Israel ist. Das Protestcamp vor der Uni wird von Linksextremen unterwandert, die eine neue Partei gründen wollen.



Seit über einem Monat steht das Palästina-Protestcamp auf dem Professor-Huber-Platz vor der LMU. Ein neuer Bericht zeigt, wie problematisch einige Organisationen sind, die dort vertreten sind. © Jan Krattiger

München – Die Beweislast ist erdrückend, die die Münchner Fachinformationsstelle Rechtsextremismus (Firm) in den vergangenen Monaten gesammelt hat. In einem neuen, zwanzigseitigen Bericht legt

Netzwerkbasierte Repression

gegen palästinensische Stimmen in München

In München lässt sich ein **wachsendes Netzwerk zivilgesellschaftlicher und institutioneller Akteure** beobachten, das systematisch auf die Einschränkung palästinensischer Perspektiven und solidarischer Bewegungen hinarbeitet. Sie initiieren mediale Kampagnen, organisieren Provokationen getarnt als „Gegenveranstaltungen“ und üben gezielt öffentlichen Druck auf Kooperationspartner:innen palästina-solidarischer Initiativen aus.

Unterstützt wird dieses Vorgehen durch staatlich geförderte Einrichtungen wie *RIAS Bayern* und weitere Monitoring-Stellen. Obwohl deren Arbeitsweise hinsichtlich methodischer Transparenz und politischer Unabhängigkeit kritisch diskutiert werden muss, finden ihre Berichte häufig direkte Anwendung in verwaltungs- und politikbezogene Entscheidungsprozesse.

Darüber hinaus bestehen **personelle und ideologische Überschneidungen mit Organisationen wie dem Jüdischen Nationalfonds (JNF-KKL)**, der ethnische Säuberung und Vertreibung des palästinensischen Volks fördert, **oder der rechtsnationalen israelischen Bewegung Im Tirtzu**, deren Narrative auf diese Weise in zivilgesellschaftliche und politische Diskurse eingespeist werden.¹⁵

Parallel dazu etabliert sich eine digital vernetzte Praxis der Beobachtung und Skandalisierung palästina-solidarischer Positionen. Einzelne Aussagen werden aus dem Kontext gelöst, öffentlich skandali-

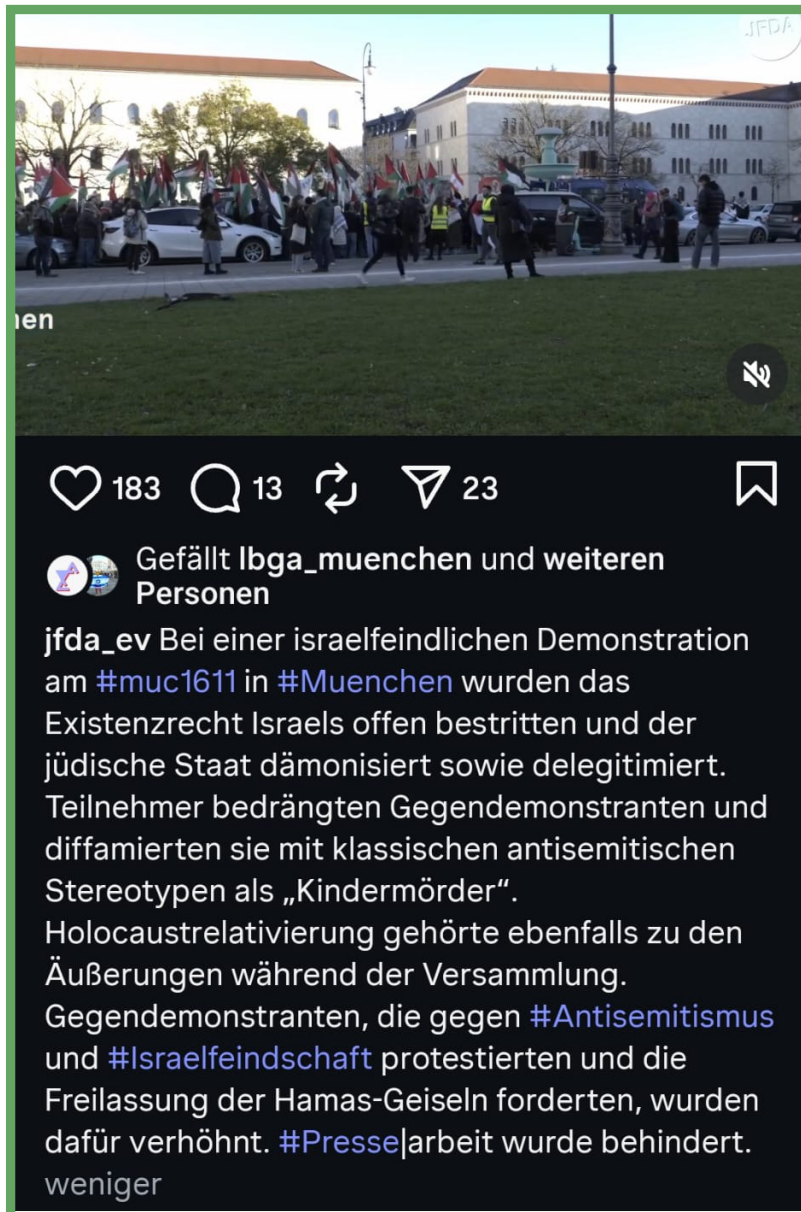
siert und zum Ausgangspunkt institutioneller Reaktionen gemacht – mit potenziell einschüchternder Wirkung für die Betroffenen.

Diese Dynamiken sind eingebettet in eine breiter angelegte diskursive Verschiebung, in der **jede Kritik an israelischer Politik zunehmend pathologisiert** wird. Daraus lässt sich eine „*Ordnung*“ beobachten, die weniger auf demokratische Pluralität als auf Kontrolle, Ausgrenzung und ideologische Disziplinierung abzielt. Während der Einsatz gegen Antisemitismus offiziell als zentrales Motiv geltend gemacht wird, dient dieser vielfach der politischen Marginalisierung kritischer Stimmen, die sich gegen koloniale Gewalt, Apartheid und für menschenrechtliche Anliegen positionieren.

Konkret folgt das Netzwerk einer konsistenten repressiven Methodik und Strategie, die sich in folgenden Schritten beobachten lässt:

a) Diskursive Umetikettierung

Kritik an israelischer Besatzungs- oder Apartheidpolitik wird nicht inhaltlich geprüft, sondern diskursiv umgedeutet – z. B. als „*verdeckter Judenhass*“, „*islamistischer Terrordiskurs*“ oder „*Verschwörungsideologie*“. Begriffe wie „*Nakba*“, „*Apartheid*“ oder „*Kolonialismus*“ gelten dabei nicht als analytische Kategorien, sondern als ideologische Marker, die als antisemitisch gelesen werden.



Beispiele für diskursive Umetikettierung, Moralisierung und Dämonisierung



b) Moralisierung und Dämonisierung

Die Sprache ist geprägt von moralischer Polarisierung. Aktivist:innen werden nicht kritisiert, sondern als „Täter:innen“, „Kompliz:innen“, „radikale Islamist:innen“ oder gar „Verräter:innen“ kodiert. Diese sprachliche Eskalation erzeugt ein vergiftetes Diskursklima, in dem solidarisches Handeln als potenzielle Gefahr dargestellt wird.

c) Personalisierte Delegitimierung

Einzelpersonen aus der Bewegung werden öffentlich exponiert – etwa durch Namensnennungen, Verlinkungen, Screenshots oder implizite Schuldzuweisungen. Dabei werden ihre Aussagen entkontextualisiert und verallgemeinert, um Kollektivschuld zu erzeugen. Diese Praxis erinnert an moderne Varianten des klassischen *Doxing*: eine Mischung aus digitaler Überwachung, öffentlicher Bloßstellung und represivem Community-Mobbing.

d) Institutionelle Eskalation

Die Skandalisierung einzelner Aussagen oder Veranstaltungen wird genutzt, um institutionelle Konsequenzen zu erzwingen: Veranstaltungen werden abgesagt, Räume entzogen, Kooperationen beendet. Hochschulen, Kulturinstitutionen oder zivilgesellschaftliche Träger sehen sich unter Druck gesetzt – teilweise durch koordinierte Beschwerden, Medienkampagnen oder politische Interventionen.

e) Koordination mit staatlichen Stellen

Zentral ist die enge Verzahnung mit staatlichen Ämtern – etwa durch den bayerischen Antisemitismusbeauftragten Ludwig Spaenle. Dieser übernimmt Narrative und Forderungen aus dem Netzwerk, verleiht ihnen politischen Nachdruck und institutionalisiert so deren Argumentation. Die Folge: Öffentliche Erinnerungsarbeit an die *Nakba*, Kritik an israelischer Staatsgewalt oder Menschenrechtsforderungen werden mit dem Generalverdacht des Antisemitismus belegt – und somit delegitimiert.

Die zuvor beschriebenen Mechanismen gewinnen ihre Schlagkraft nicht im Abstrakten, sondern durch das konkrete Handeln einzelner Institutionen und Personen, die sie gezielt umsetzen.

Diese Akteure verfügen über politische, institutionelle oder mediale Reichweite und prägen dadurch maßgeblich, welche Stimmen im öffentlichen Raum gehört, marginalisiert oder ganz ausgeschlossen werden.

Die folgenden Profile illustrieren anhand ausgewählter Beispiele, wie die beschriebenen Strategien in der Praxis wirksam werden – von der diskursiven Umetikettierung legitimer Kritik über die Moralisierung und Dämonisierung politischer Gegner:innen bis hin zu institutionellen Sanktionen. Sie zeigen, wie staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen ineinandergreifen, um palästina-solidarische Positionen systematisch zu delegitimieren.

Ludwig Spaenle

Antisemitismusbeauftragter des Freistaates Bayern seit 2018

Einfluss und Rolle im Netzwerk:

Spaenle verfügt durch sein Amt über erheblichen politischen und symbolischen Einfluss auf die Definition dessen, was in Bayern als antisemitisch gilt. Seine Amtsführung trägt maßgeblich zur **Ausweitung des Antisemitismusbegriffs auf kritische Stimmen gegenüber israelischer Politik** bei, was zu einer systematischen Verdrängung palästinensischer Perspektiven aus dem öffentlichen Raum führt.

Zentrale Beispiele für Wirken und Eingriffe:

Verhinderung des „Pro-Palästina-Camps“ vor der LMU München in 2024: Spaenle forderte die Aberkennung der Genehmigung und begründete dies mit dem Vorwurf, dort werde antisemitische Propaganda verbreitet. Eine inhaltliche Prüfung oder Differenzierung zwischen antisemitischen Inhalten und legitimer Kritik an der israelischen Besatzungspolitik blieb dabei aus. Stattdessen wurden ganze Bewegungen pauschal unter Generalverdacht gestellt. ¹⁶

Blockade von Gedenkveranstaltungen:

Spaenle sprach sich explizit gegen Veranstaltungen aus, die an die Verbrechen am palästinensischen Volk durch Israel erinnern. Er deutet solches Gedenken regelmäßig als Angriff auf Israel und setzt sie mit antisemitischen Positionen gleich ¹⁷ – ungeachtet historischer Faktenlagen und zahlreicher Analysen, Berichte und Urteile, die Israels Vorgehen in Palästina als Apartheid, illegale Besatzung, ethnische Säuberung und Genozid identifizieren.

Methodische Merkmale:

- Selektive Quellenwahl: starke Orientierung an Berichten von *RIAS Bayern*, deren Methodik und politische Unabhängigkeit höchst umstritten sind (siehe unten) ¹⁸
- Rhetorische Pauschalisierung: Gleichsetzung von Kritik an israelischer Politik mit Angriffen auf jüdisches Leben
- Nutzung institutioneller Autorität zur politischen Marginalisierung von Akteur:innen und Initiativen

Auswirkungen:

Durch diese Praxis etabliert Spaenle eine Art **de-facto-Definitionsmacht**: Er entscheidet maßgeblich mit, welche Ausdrucksformen als zulässig gelten und welche als antisemitisch geächtet werden. Damit verschiebt sich die Grenzziehung zwischen legitimer Kritik und verbotener Rede aus dem Bereich pluraler demokratischer Debatte hin zu einer zentralisierten Autoritätsentscheidung.

Er verstärkt dadurch eine **Logik der Repression**, die andere Behörden, Kulturinstitutionen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen unter Druck setzt, sich ebenfalls gegen palästinensische Perspektiven zu positionieren.

Ludwig Spaenle spricht regelmäßig auf pro-israelischen Demonstrationen und Kundgebungen, bei denen das genozidale Vorgehen Israels geleugnet oder gerechtfertigt wird.



Pro-israelische Demonstration von München ist bunt! gegen das Palästina-Camp vor der Ludwigs-Maximilian-Universität. An der Demonstration beteiligte sich auch der bayerische Antisemitismusbeauftragte Ludwig Spaenle.



RIAS Bayern

**Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern,
staatlich geförderte Meldestelle für antisemitische Vorfälle.**¹⁹

Einfluss und Rolle im Netzwerk:

RIAS Bayern tritt öffentlich als unabhängige Monitoring-Stelle auf, die antisemitische Vorfälle dokumentiert. In der Praxis dient die Einrichtung jedoch als **zentraler Akteur in der Verschiebung der Antisemitismusdefinition**, indem sie Kritik an israelischer Politik regelmäßig als „israelbezogenen Antisemitismus“ einstuft. Diese Kategorisierung hat erheblichen Einfluss auf politische Debatten, Verwaltungsentscheidungen und die Legitimität palästinensischer oder solidarischer Initiativen.

Zentrale Beispiele für Wirken und Eingriffe:

Legitime Kritik an der israelischen Politik wird systematisch in die **Kategorie „israelbezogener Antisemitismus“** eingeordnet. Konkret im Jahresbericht 2024: Erfassung von 1.515 antisemitischen Vorfällen in Bayern – nahezu doppelt so viele wie 2023. Rund 80% dieser Fälle wurden als *israelbezogen* klassifiziert, inklusive zahlreicher Protestaktionen und politischer Äußerungen gegen die israelische Besatzungspolitik.²⁰

Ein Bericht der israelischen NGO *Alliance Remembrance*, erstellt von einem israelischen Forscher, kritisiert die politischen Auswirkungen der Arbeit von RIAS scharf:^{21 22} RIAS betont israelbezogenen Antisemitismus übermäßig, obwohl dieser statistisch gar nicht im selben Ausmaß auftritt. Die Darstellung antisemitischer Vorfälle sei von „**tiefgreifender politischer Voreingenommenheit**“ geprägt, die die Per-

spektive der israelischen Rechten begünstige. Die Studie verweist auf „**undurchsichtige Methoden**“ und eine „**krude Auffassung von Antisemitismus als ewiger und unnachgiebiger Feindseligkeit**“, was zutiefst besorgniserregend sei. Angesichts der öffentlichen Autorität und Reputation von RIAS habe dies reale Folgen: „**die Stigmatisierung von Migrantengemeinschaften, die Einschränkung politischer Meinungsäußerung und die Marginalisierung jüdischer und israelischer Menschenrechtsaktivist:innen in Deutschland.**“²³

Methodische Merkmale:

- RIAS konstruiert „israelbezogener Antisemitismus“ als Kategorie und schafft dadurch ein verzerrtes Bild antisemitischer Gefahrenquellen
- Fehlende Kontextprüfung: anonyme Meldungen werden übernommen, ohne Rückfrage oder Differenzierung zwischen Antisemitismus und legitimer Kritik
- Ausblendung alternativer Deutungen und historisch-kontextualisierter Analysen
- Hohe Abhängigkeit von politisch aufgeladenen Definitionen, die mit den Mechanismen a) *Diskursive Umetikettierung* und b) *Moralisierung/Dämonisierung* korrespondieren

Auswirkungen:

Die statistische Erfassung und Kategorisierung durch *RIAS Bayern* hat unmittelbare Folgen für öffentliche Debatten und institutionelle Entscheidungen. Sie trägt zur **Stigmatisierung migrantischer Gemeinschaften** bei, schränkt den politischen Ausdrucksraum von palästina-solidarischen Bewegungen ein, die die israelische Regierungspolitik kritisieren. Dadurch wird der **Diskurs nicht neutral dokumentiert, sondern in Richtung einer restriktiven, politisch konformen Deutung reguliert.**

Statement von *RIAS Bayern* zu einem Redebeitrag der Gruppierung *Palästina Spricht München*.



RIAS Bayern
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Bayern

Am **8. Mai 2025**, 80 Jahre nach dem Sieg der Alliierten über Nazideutschland, veranstaltete das „**Münchner Friedensbündnis**“ eine Kundgebung vor dem Münchner Rathaus.

In einer **Rede** der Gruppe „**Palästina Spricht München**“ wurden folgende Aussagen getätigt:

„Während die Welt ‚Nie wieder‘ schwor, wurde ein neues Verbrechen vorbereitet. Die Vertreibung des palästinensischen Volkes, die Nakba. Nur drei Jahre nach der Befreiung von Auschwitz wurden hunderttausende Palästinenserinnen und Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben.“

Die Rede setzt **nicht zufällig** die Befreiung der Überlebenden in Auschwitz in Verbindung mit Vertreibungen und Fluchtbewegungen während des israelischen Unabhängigkeitskrieges von 1948.

Weiter hieß es in dem Redebeitrag:

„Denn Befreiung, die auf dem Leid anderer gründet, ist keine Befreiung, sie ist nur eine neue Ungerechtigkeit.“

Demnach sei die **Gründung Israels** keine Befreiung für die Jüdinnen und Juden, die die Schoah überlebt hatten, gewesen. Daraus lässt sich nur folgern: Die bloße **Existenz** des jüdischen Staates sei ungerecht, sie müsse **beendet** werden.

Die Rede ist **geschichtrevisionistisch**, da sie die wesentliche Bedeutung des 8. Mai - das **Ende der Schoah** durch die militärische Bezwungung Nazideutschlands - auf den israelisch-palästinensischen Konflikt verschiebt. Dies zeigt sich insbesondere in der Aussage, der 8. Mai gehöre „den Menschen in Gaza, die heute unter Trümmern begraben werden“.

Gemeint ist: Aus den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus seien in kürzester Zeit selber Täter geworden - als hätten „die Juden“ nichts aus ihrer Geschichte „gelernt“.

Derartige Aussagen sind eine für den **Post-Schoah-Antisemitismus** typische Täter-Opfer-Umkehr, mit der der Nationalsozialismus und die Schoah relativiert und verharmlost werden.

Wenn der einzige jüdische Staat, wie auf einem von „Palästina Spricht München“ auf der Kundgebung gezeigten Transparent mit der Aufschrift „Zionismus = Rassismus. Gegen den israelischen Faschismus“ als das **absolut Böse** imaginiert wird, „darf“, ja, „muss“ man Israel und Israelis hassen.

So lassen sich **antisemitische Ressentiments** ausleben, ohne sich selbst eingestehen zu müssen, dies zu tun.

München ist bunt! e.V.

Zivilgesellschaftliches Bündnis gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus, aktiv in München

Einfluss und Rolle im Netzwerk:

München ist bunt! präsentiert sich als überparteiliches, antirassistisches Bündnis für Demokratie und Menschenrechte. In der Praxis jedoch zeigt die Organisation im Kontext des Gaza-Krieges und der palästina-solidarischen Proteste eine klare parteiische Ausrichtung, die palästinensische Perspektiven marginalisiert. Anstatt ihre Reichweite zu nutzen, um auf die humanitäre Katastrophe und die Kriegsverbrechen Israels in Gaza aufmerksam zu machen, konzentrieren sich ihre Aktivitäten häufig auf Gegenaktionen zu palästina-solidarischen Initiativen und Demonstrationen. Damit wirkt *München ist bunt!* als **zivilgesellschaftlicher Verstärker jener Mechanismen, die Kritik an israelischer Politik diskursiv umetikettieren und delegitimieren.**

Zentrale Beispiele für Wirken und Eingriffe:

Unterstützung einer Mahnwache gegen das Palästina-Solidaritätscamp vor der LMU München in 2024: Beteiligung an mehreren Gegenkundgebungen, angemeldet von einer Person mit offenem Bezug zur ultranationalistischen, rechtsextremen israelischen Gruppierung *Im Tirtzu*. ²⁴

Veranstaltungen mit pro-zionistischen/israelischen Organisationen: Vorsitzende von *München ist bunt!* und SPD-Stadträtin Micky Wenngatz trat bei Formaten mit israelischen Militärsprechern und Gruppen wie der *Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG)* auf,

ohne kritische Distanz zur israelischen Regierungspolitik zu zeigen. ²⁵

Aufruf „*Schützt unsere Synagoge*“: Aktion im Juli 2025, inszeniert als Schutz jüdischen Lebens, jedoch inhaltlich gegen zeitgleich stattfindende palästina-solidarische Demonstrationen gerichtet – ohne Hinweis auf eine konkrete Bedrohungslage. ²⁶

Methodische Merkmale:

- Selektive Solidarität: Engagement gegen Rechtsextremismus in Deutschland, gleichzeitiges Ausblenden oder sogar Unterstützung der rechtsextremen israelischen Regierung und Siedlerbewegung
- Politische Symbolhandlungen, die den Schutz jüdischen Lebens als Argument gegen palästina-solidarische Proteste instrumentalisieren
- Enge Vernetzung mit Akteur:innen, die bekannte Positionen der israelischen Rechten vertreten
- Anwendung der bereits ausgeführten Mechanismen Moralisierung/Dämonisierung und Personalisierte Delegitimierung, indem palästina-solidarische Akteur:innen als Bedrohung dargestellt werden

Auswirkungen:

München ist bunt! verstärkt durch ihre selektive Themenwahl und symbolpolitischen Aktionen ein Klima, in dem palästinensische und solidarische Stimmen im öffentlichen Raum delegitimiert werden. Die einseitige Positionierung schwächt das eigene Selbstverständnis als pluralistisches, menschenrechtsorientiertes Bündnis und trägt dazu bei, dass Antisemitismusvorwürfe als machtpolitisches Instrument gegen emanzipatorische Bewegungen genutzt werden. **Diese Praxis verengt den politischen Raum nicht nur für palästina-solidarische Initiativen, sondern auch für jüdische Stimmen, die die israelische Regierungspolitik kritisch sehen.**



Gefällt deutschzionistischebewegung und weiteren Personen

geraldhetzel Es hat mich richtig gefreut, dass die von mir initiierte Videowand Dank über 80 freiwilliger Helfer fast 3 Wochen lang ein starkes Zeichen setzen konnte, um den Geschwister-Scholl-Platz nicht nur dem Pro-Palästina Narrativ des gegenüberliegenden Zeltlagers zu überlassen. Nur 72 Stunden nach dem überraschenden Aufbau des Pro-Palästina Camps am Eingang der LMU im Zentrum von München, wurde direkt gegenüber unsere Videowand aufgebaut. Jeden Tag, auch bei Gewitter und Hagel, waren unsere Freiwilligen vor Ort. Durch das Zeigen der Videos des Hamas-Terrorangriffs am 7. Oktober, sowie Videos der israelischen Geiseln im Gazastreifen, wurden viele Passanten berührt und es entstanden spannende Gespräche am Infostand neben der Videowand. Auch das gemeinsame Picknick an Lag BaOmer mit Run for their lives, die jeden Sonntag für die Freilassung der Geiseln in München demonstrieren, war ein besonderes Highlight.

Instagram-Post, in dem Hetzel darüber spricht, eine pro-israelische Kundgebung gegenüber des LMU-Protestcamps organisiert zu haben. Auch *München ist bunt!* hatte sich an dieser Aktion beteiligt.

Gerald Hetzel (ganz rechts), ein Kooperationspartner von *München ist bunt!* und Mitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, posiert im illegal besetzten Westjordanland mit israelischen Soldaten und Mitgliedern der rechtsextremen Gruppierung Im Tirtzu.



Bei einer von München ist bunt! organisierten Demonstration, an der auch der bayerische Antisemitismusbeauftragte Ludwig Spaenle teilnahm, wurden ganz offen Plakate gezeigt, die Palästinenser:innen entwürden und die die Gruppierung Palästina Spricht mit Hamas und Hisbollah gleichsetzt.

Akteursnetzwerke und Architektur selektiver Solidarität

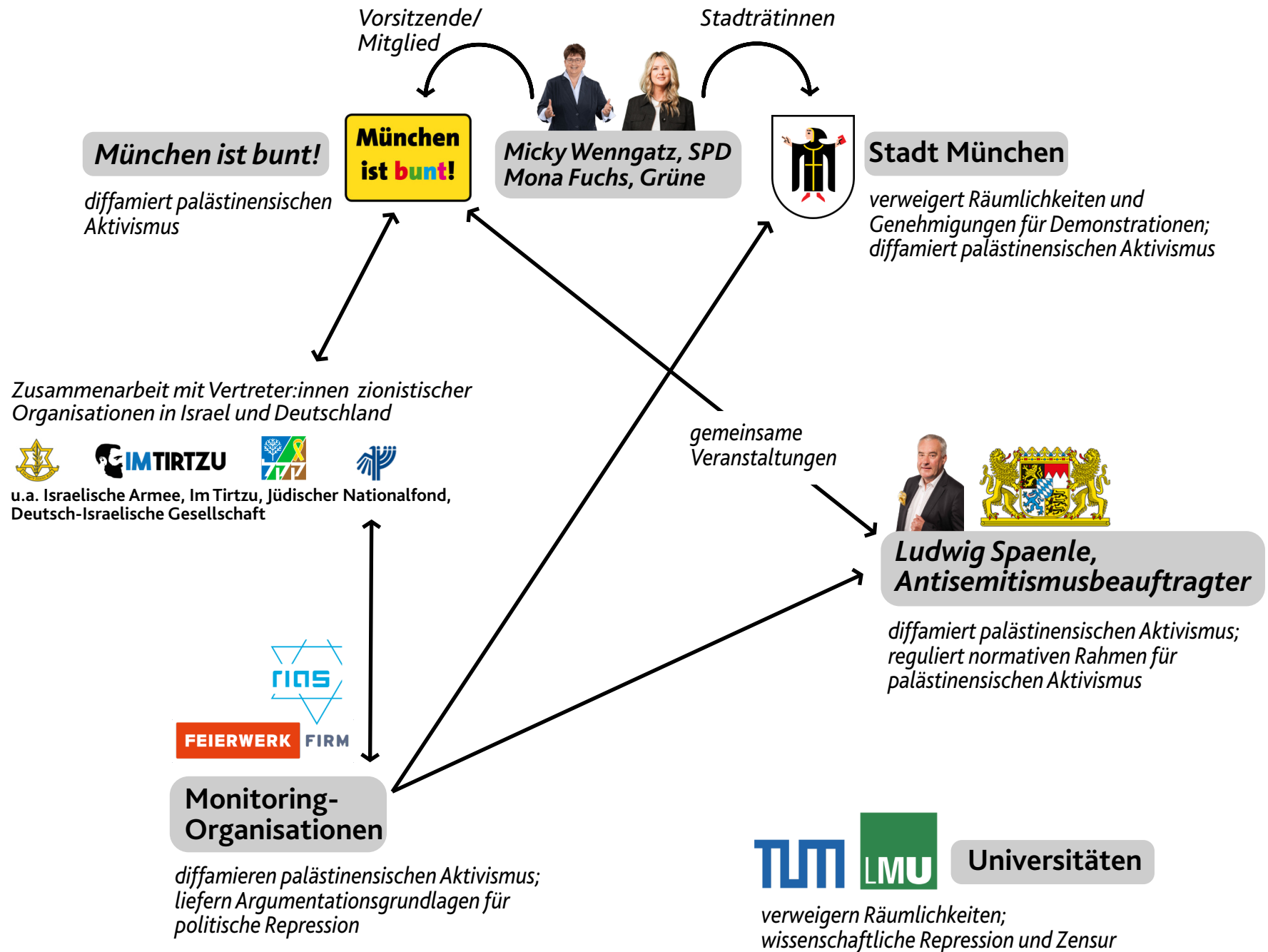
Die Profile von Ludwig Spaenle, *RIAS Bayern* und *München ist bunt!* * verdeutlichen, dass es sich bei der beschriebenen Dynamik nicht um das Handeln einzelner „Ausreißer“ handelt, sondern um ein **systematisch verknüpftes Netzwerk aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren**. Diese agieren zwar aus unterschiedlichen institutionellen Rollen heraus – politische Amtsautorität, dokumentarische Instanz, zivilgesellschaftliches Bündnis – wirken aber funktional komplementär:

- **Definition & Normsetzung (Spaenle)**
zieht neue Grenzlinien, die legitime Kritik an der israelischen Regierungspolitik systematisch in den Verdachtsbereich des Antisemitismus rücken.
- **Legitimation der Repression (*RIAS Bayern*)**
schafft verzerrte statistische Grundlagen, die restriktive Maßnahmen vermeintlich empirisch absichern.
- **Zivilgesellschaftliche Resonanz & Mobilisierung (*München ist bunt!*)**
verstärkt durch symbolpolitische Aktionen die Marginalisierung palästina-solidarischer Positionen und Akteure.

Dieses Zusammenspiel erzeugt eine **geschlossene Architektur selektiver Solidarität**, in der moralische Legitimation, institutionelle Autorität und scheinbar unabhängige Expertise sich gegenseitig bestätigen. Antisemitismus wird dabei nicht als reale Bedrohung adressiert, sondern als politisches Instrument genutzt, um politische Deutungshoheit zu sichern: **Die israelische Regierungspolitik wird strukturell gegen fundamentale Kritik abgeschirmt, während palästinensische Lebensrealitäten unsichtbar oder illegitim gemacht werden.**

Das Ergebnis ist eine Verschiebung von pluralistischer Streitkultur hin zu einem kontrollierten Diskurs, in dem Definitionsmacht und politische Loyalität wichtiger sind als menschenrechtsorientierte Debatten. **Dies untergräbt das Recht auf Protest und erschwert die Entwicklung inklusiver, transnationaler Solidarität.**

* Die drei genannten Akteure stellen einen kleinen Auszug des anti-palästinensischen Netzwerks in München dar.



Antisemitismus als Waffe

Wenn Kritik an Israel zum Schweigen verdammt wird

Die gegenwärtige Debatte um Antisemitismus in Deutschland und international ist von einer signifikanten Begriffsverschiebung geprägt, die legitime, menschenrechtlich fundierte Kritik an der Politik des Staates Israel zunehmend delegitimiert und kriminalisiert.

Im Zentrum dieses Phänomens steht die *Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)*²⁷, die ursprünglich als Orientierungshilfe zur Erkennung von Antisemitismus konzipiert wurde, mittlerweile jedoch als **politisches Instrument zur Einschränkung des öffentlichen Diskurses** fungiert. Ihre breite Akzeptanz durch staatliche Institutionen, politische Akteure und Teile der Zivilgesellschaft unterstreicht ihre normative Kraft.

Ausschnitt aus dem Bericht des BR über die Absage der Veranstaltung mit Francesca Albanese

UN-Sonderberichterstatterin darf nicht in Münchner LMU sprechen

Studierende wollten an der Münchner LMU mit der UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten Gebiete Palästinas über Menschenrechte und internationales Recht diskutieren. Doch die Uni stornierte die Raumbuchung. Forscher kritisieren den Schritt.

Uni befürchtete einen "Meinungskampf"

In einer E-Mail an den Veranstalter, die BR24 vorliegt, heißt es zur Begründung unter anderem: Es sei "ein Meinungskampf zu erwarten", "für den die LMU die Sicherheit nicht gewährleisten kann". Auf Nachfrage von BR24 zu den Gründen für die Absage und den konkreten Befürchtungen antwortete die Universität allgemein: "Die LMU stellt grundsätzlich keine Räumlichkeiten für allgemeinpolitische Veranstaltungen zur Verfügung. Auch ist die beantragte Veranstaltung etwa nicht in eine wissenschaftliche Konferenz eingebunden."

Diese Definition dient zur **Instrumentalisierung des Antisemitismusbegriffs**, indem sie als rhetorisches Schutzschild fungiert, das zugleich zur ideologischen Waffe avanciert, um berechtigte Kritik an israelischer Siedlungs-, Apartheid- und Menschenrechtspolitik zu diskreditieren.^{28 29 30 31} Die Folgen sind vielfältig und manifestieren sich in **realen Restriktionen der Meinungsfreiheit**:

So hat die Ludwig-Maximilians-Universität München Ende 2024 die Raumreservierung für einen **Vortrag der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese** zu Fragen von Kolonialismus, Menschenrechten und Völkerrecht mit Verweis auf erwartete politische Kontroversen und "*mutmaßlichen Antisemitismus*"^{32 33} storniert. Analog wurden zahlreiche Veranstaltungen zu Themen wie der *Nakba* (die Vertreibung und Ermordung eines Großteils des palästinensischen Volks in 1948), der israelischen Besatzung oder der Solidarität mit Gaza aufgrund von Antisemitismusvorwürfen abgesagt – teils durch universitäre Gremien, teils unter politischem Druck.

Der Fall des **jüdisch-israelischen Historikers Ilan Pappé** illustriert ebenfalls diese Problematik: Sein Vortrag im November 2023 in München wurde zunächst durch die Stadt München aufgrund der Annahme antisemitischer Inhalte untersagt. Erst eine gerichtliche Verfügung ermöglichte die Durchführung, wenngleich die **Stadt München sich öffentlich von der Veranstaltung distanzierte**.³⁴

Dieses Beispiel verdeutlicht die Spannungen zwischen Meinungsfreiheit und Antisemitismusdebatte, insbesondere wenn pro-palästinensische Perspektiven thematisiert werden.

Die zunehmende Marginalisierung pro-palästinensischer Stimmen – von Kulturschaffenden, Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen – zeigt sich auch darin, dass deren **Äußerungen oft reflexhaft als antisemitische Provokationen interpretiert** werden. So wurde im Oktober 2024 eine Podiumsdiskussion in der Evangelischen Stadtakademie München kurz vor Durchführung abgesagt, nachdem gegen den **palästinensischen Aktivistin Fuad Hamdan** Antisemitismusvorwürfe erhoben wurden, die auf seiner Kritik an Israels Politik und Kriegsverbrechen basierten. ^{35 36}

Diese Entwicklungen **schützen nicht das jüdische Leben, sondern ermöglichen es einem Staat, sich durch die Diffamierung kritischer Stimmen der internationalen Kritik zu entziehen.**

Es entsteht ein repressives Klima, in dem selbst jüdische Antizionist:innen wie Judith Butler, Ilan Pappé oder Noam Chomsky als „*selbsthassende Juden*“ oder Verräter:innen diffamiert werden. Ihre langjährige menschenrechtliche Arbeit wird marginalisiert, sobald sie Israels Besatzungs- und Apartheidpolitik kritisieren.

Öffentliche Distanzierung der Stadt München von der gerichtlich genehmigten Buchvorstellung des jüdischen israelischen Historikers Ilan Pappé.



Landeshauptstadt
München

Zur Veranstaltung am 27.11.2023 im Neuhauser Trafo

Der terroristische Angriff der Hamas am 7. Oktober auf Israel hat uns tief erschüttert und erfordert unsere Solidarität mit Israel und der israelischen Bevölkerung, die unter diesen Terrorattacken zu leiden hat. Aber nicht nur in Israel, auch in München haben israelische Staatsbürger*innen und Jüd*innen Angst um ihre Sicherheit. Wir werden es nicht dulden, dass Hass gegen sie in städtischen Räumen geschürt wird. Hetze, die zu Straftaten aufwiegelt oder diese billigend in Kauf nimmt, darf hier keinen Platz haben.

Wir bedauern, dass wir aufgrund der Rechtslage gezwungen sind, die Veranstaltung am 27.11. in den Räumlichkeiten des Kulturzentrums Trafo stattfinden zu lassen. Zugleich appellieren wir abermals nachdrücklich an den Bund und den Freistaat, nichts unversucht zu lassen, um eine rechtliche Grundlage zu schaffen, damit Kommunen für antisemitische Akteur*innen und Äußerungen keine städtischen Räume mehr zur Verfügung stellen müssen.

Die Stadt München sieht hier eine klare Grenzüberschreitung und stellt sich ihr entgegen. In Verantwortung für die Sicherheit aller Menschen in unserer Stadt und für die Werte für die wir stehen. Und in enger Verbundenheit mit unserer israelischen Partnerstadt Be'er Sheva.

kultur.im trafo

Verein für Stadtteilkultur Neuhausen-Nymphenburg e.V.

Wie ein Essay im New Yorker („*The Problem With Defining Antisemitism*“) kritisch herausstellt, wird die **IHRA-Definition zunehmend als taktisches Mittel** eingesetzt – nicht zur analytischen Erfassung von Antisemitismus, sondern zur **politischen Stigmatisierung oppositioneller Positionen ohne rechtstaatliche Kontrolle**. Die absichtliche definitorische Unschärfe ist dabei ein strategischer Vorteil. ³⁷

Die zugrundeliegende Logik ist paradox: **Wenn jede Kritik als antisemitisch deklariert wird, erlischt das Recht auf legitime Kritik**. Das Ergebnis ist nicht Schutz vor Antisemitismus, sondern eine Form von Zensur.

Daher wird Antisemitismus nicht mehr bekämpft, sondern als politisches Instrument genutzt, um Dissens zu unterdrücken. Dies führt zu einer **Entwertung des Begriffs** – seiner moralischen Schärfe, analytischen Klarheit und historischen Bedeutung.



Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage:

- Was bedeutet es für den öffentlichen Diskurs, wenn das Leid eines Kindes in Gaza nicht betrauert werden darf, ohne antisemitischen Verdacht zu erregen?
- Was bedeutet es, wenn jüdische Stimmen gegen Apartheid marginalisiert werden, weil sie angeblich nicht „repräsentativ“ seien?
- Und was bedeutet es, wenn Antisemitismus, der reale Hass auf Jüdinnen und Juden, zu einem diffusen Schlagwort wird, mit dem staatliche Akteure und Medien palästinensische Kritik zum Schweigen bringen?

Diese Entwicklungen zeigen, dass der Antisemitismusbegriff heute vielfach pervertiert und als politische Waffe instrumentalisiert wird.

Angriffe und Einschüchterungsversuche gegenüber pro-palästinensischen Aktivist:innen nehmen in München immer weiter zu. Hier wurde das Haus einer Aktivistin angegriffen, die eine Fahne mit der Aufschrift „Nie wieder gilt auch für Gaza“ an ihrem Fenster angebracht hatte.



Struktureller Rassismus und Komplizenschaft

Die deutsche Normalisierung von Gewalt gegen Palästinenser:innen

Was sich in Deutschland und insbesondere in München seit dem 7. Oktober 2023 verstärkt und in neuer Schärfe abzeichnet, ist nicht bloß eine politische Schieflage oder ein mediales Versäumnis – es ist der **sichtbare Ausdruck eines tief verwurzelten anti-palästinensischen Rassismus**, der sich quer durch Institutionen, Behörden, Medien und die kulturelle Öffentlichkeit zieht. Es ist ein **strukturelles System, das nicht nur einzelne Menschen trifft, sondern eine ganze kolonisierte Identität zum Schweigen bringen will**.

Dieser Rassismus hat viele Gesichter, aber ein klares Ziel: Ausschluss, Kontrolle, Zerstörung.

Was hier geschieht, ist keine Debatte. Es ist eine **systematische Entpolitisierung und Entmenschlichung palästinensischer Existenz** – eine Repression, die nicht auf einzelne Äußerungen zielt, sondern auf die gesamte Ausdrucksform eines unterdrückten Volkes.

Und währenddessen geschieht das Unfassbare:

In Gaza werden Städte ausgelöscht. Universitäten und Schulen werden vollkommen zerstört. Kinder werden lebendig unter Trümmern begraben. Die ganze Bevölkerung in Gaza wird ausgehungert. Israelische Minister sprechen offen von ethnischer Säuberung und dem Auslöschen des kompletten palästinensischen Volks.

Doch in deutschen Medien herrscht Schweigen – oder, schlimmer noch: sie übernehmen das Sprachmuster der Täter. Begriffe wie „*Sicherheitsoperation*“, „*chirurgischer Einsatz*“ oder „*Verlust auf beiden Seiten*“ verschleiern, was tatsächlich geschieht: die Normalisierung eines Genozids.

Wer dennoch ausspricht, was nicht gesagt werden darf – wer „*Gaza*“ und „*Massaker*“ in einem Satz nennt, wer ein Palästinensertuch trägt oder die Bilder ermordeter palästinensischer Kinder auf einer Demo hochhält – wird angezeigt, verhaftet oder geächtet. **Solidarität wird zur Bedrohung erklärt, Menschlichkeit zur Straftat.**

Dieses Schweigen ist keine Neutralität. Es ist aktive Komplizenschaft.

Und wenn wir dieses System nicht beim Namen nennen, sind wir alle auch ein Teil davon.

Referenzen

1. [Landeshauptstadt München Kreisverwaltungsreferat \(2023\)
https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:04dd8793-e131-43c8-a12f-413e3417fc65/AV%20zu%20einem%20nicht%20angezeigten%20Autorkorso%20im%20Zusammenhang%20mit%20dem%20Nahost-Konflikt.pdf](https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:04dd8793-e131-43c8-a12f-413e3417fc65/AV%20zu%20einem%20nicht%20angezeigten%20Autorkorso%20im%20Zusammenhang%20mit%20dem%20Nahost-Konflikt.pdf)
2. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-diskussion-israel-palaestina-konflikt-stadtakademie-absage-hintergruende-lux.EsLSXNRRNwoiAgTG5v5ctt?reduced=true>
3. https://www.sonntagsblatt.de/artikel/gesellschaft/israel-palaestina-debatte-muenchen-angesagt-experte-kann-nicht-fassen-wie?utm_source=chatgpt.com
4. Fachinformationsstelle Rechtstextremismus München (FIRM). "Antisemitismus, Verschwörungsideologien und Islamismus Bei „Palästina Spricht München“ Eine Analyse der Anti-Israel-Bewegung." (2024). Feierwerk. https://www.feierwerk.de/fileadmin/firm/Analysen_Recherchen/Feierwerk_firm_Analyse_Palaestina_spricht_2024.pdf
5. <https://ijan.org/2024/04/04/az/>
6. Khatib, R., McKee, M., & Yusuf, S. (2024). Counting the dead in Gaza: difficult but essential. *Lancet* (London, England), 404(10449), 237–238. [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(24\)01169-3](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(24)01169-3)
7. Garb, Yaakov, 2025, "The Israeli/American/GHF "aid distribution" compounds in Gaza: Dataset and initial analysis of location, context, and internal structure", Harvard Dataverse. <https://doi.org/10.7910/DVN/QB75LB>
8. Human Rights Watch. Extermination and Acts of Genocide. Israel Deliberately Depriving Palestinians in Gaza of Water. © 2024 by Human Rights Watch. https://www.hrw.org/sites/default/files/media_2024/12/gaza1224web.pdf
9. Amnesty International. Israel/Occupied Palestinian Territory: 'You Feel Like You Are Subhuman': Israel's Genocide Against Palestinians in Gaza © Amnesty International 2024. <https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/8668/2024/en/>
10. A/79/363: Report of the Special Committee to Investigate Israeli Practices Affecting the Human Rights of the Palestinian People and Other Arabs of the Occupied Territories. United Nations 2024. <https://www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/a79363-report-special-committee-investigate-israeli-practices-affecting>
11. <https://jewishcurrents.org/a-textbook-case-of-genocide>
12. <https://www.nytimes.com/2025/07/15/opinion/israel-gaza-holocaust-genocide-palestinians.html>
13. B'Tselem & Physicians for Human Rights Israel. (2025). Our Genocide. B'Tselem. https://www.btselem.org/sites/default/files/publications/202507_our_genocide_eng.pdf
14. <https://www.antisemitismusbeauftragter.bayern.de/presse/antisemitismusbeauftragter-spaenle-mahnt-verantwortung-fuer-sicherheit-von-juedinnen-und-juden-sowie-fuer-den-staat-israel-an-copy/>
15. <https://www.jnf-kl.de/run-for-their-lives/>
16. <https://www.antisemitismusbeauftragter.bayern.de/presse/antisemitismusbeauftragter-spaenle-mahnt-verantwortung-fuer-sicherheit-von-juedinnen-und-juden-sowie-fuer-den-staat-israel-an-copy/>
17. <https://www.sonntagsblatt.de/artikel/spaenle-und-rabbinerkonferenz-fuer-verbot-pro-palaestinischeser-demo>
18. <https://www.antisemitismusbeauftragter.bayern.de/presse/antisemitismusbeauftragter-spaenle-mahnt-verantwortung-fuer-sicherheit-von-juedinnen-und-juden-sowie-fuer-den-staat-israel-an-copy/>
19. <https://www.report-antisemitism.de/bundesverband-rias/>
20. https://report-antisemitism.de/documents/Rias_Bayern_Jahresbericht_2024.pdf?utm_source=chatgpt.com
21. Mashiach Y. "An Incident of Bias: Antisemitism-Monitoring in Germany under Scrutiny. A Report on the Department for Research and Information on Antisemitism (RIAS)." (2024) Diaspora Alliance. https://diasporaalliance.co/wp-content/uploads/2025/06/RIAS_English-final.pdf
22. <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/in-einer-studie-werden-der-nichtregierungsorganisation-rias-in-ihrem-kampf-gegen-antisemitismus-schwerwiegende-maengel-vorgeworfen-93753999.html>
23. Mashiach Y. "An Incident of Bias: Antisemitism-Monitoring in Germany under Scrutiny. A Report on the Department for Research and Information on Antisemitism (RIAS)." (2024) Diaspora Alliance. https://diasporaalliance.co/wp-content/uploads/2025/06/RIAS_English-final.pdf
24. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1171934.israel-gerald-hetzel-hang-zum-drama.html>
25. <https://www.ikg-m.de/zeichen-der-solidaritaet-mit-der-juedischen-gemeinschaft-und-dem-staat-israel/>
26. <https://www.instagram.com/p/DMLSUwoVID/>
27. <https://holocaustremembrance.com/resources/working-definition-antisemitism>
28. Ullrich P. "Gutachten zur «Arbeitsdefinition Antisemitismus» der International Holocaust Remembrance Alliance." (2019) Rosa Luxemburg Stiftung Papers. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_2-2019_Antisemitismus.pdf
29. Jensen U. "Gefährlich nah an einer Korrespondenztheorie. Der problematische Definitionsversuch der IHRA-Definition zum Antisemitismus" (2022). *Conflict & communication online*. https://cco.regener-online.de/2022_1/pdf/jensen2022_dt.pdf
30. Ionescu D. "Die Antisemitismusdefinition der IHRA im Handgemenge. Eine kritische Diskussion der Mobilisierungen gegen die erste internationale Antisemitismusdefinition" (2022). *Conflict & communication online*. https://cco.regener-online.de/2022_1/pdf/ionescu2022_dt.pdf
31. Weis F. "Einleitung: Die IHRA-Arbeitsdefinition und die Diskussion um Begriffe und Definitionen von Antisemitismus" (2022). *Conflict & communication online*. https://cco.regener-online.de/2022_1/pdf/weis2022_dt.pdf
32. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-lmu-vortrag-albanese-israel-palaestina-absage-11.3196180>
33. https://www.instagram.com/p/DFnWw85ogwQ/?utm_source=ig_web_copy_link&igsh=MzRlODBiNWFlZA==
34. https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-vortrag-israel-palaestina-pappe-kuendigung-1.6310208?utm_source=chatgpt.com
35. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-diskussion-israel-palaestina-konflikt-stadtakademie-absage-hintergruende-lux.EsLSXNRRNwoiAgTG5v5ctt?reduced=true>
36. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-diskussion-israel-palaestina-konflikt-stadtakademie-absage-hintergruende-lux.EsLSXNRRNwoiAgTG5v5ctt?reduced=true>
37. <https://www.newyorker.com/news/persons-of-interest/the-problem-with-defining-anti-semitism>